

Ressort: Politik

Lambsdorff will Beteiligung öffentlicher Banken an Iran-Investments

Berlin, 15.05.2018, 05:00 Uhr

GDN - Der FDP-Außenexperte Alexander Graf Lambsdorff fordert von der Bundesregierung konkrete Maßnahmen zum Schutz von Banken und Unternehmen, die im Iran tätig sind und aufgrund der angekündigten US-Sanktionen um ihr USA-Geschäft fürchten. "Für viele Banken wird es schwierig, Projekte im Iran zu finanzieren, wenn sie zugleich im amerikanischen Markt tätig sind - und das sind die meisten Banken", sagte Graf Lambsdorff dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Dienstausgaben).

"Für private Kreditinstitute könnten Banken in öffentlicher Trägerschaft auf nationaler oder europäischer Ebene einspringen. Solche Häuser sind meist nicht in den USA tätig und daher vor US-Sanktionen geschützt", sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag. "Zudem kann der Bund vertrauenswürdige Projekte deutscher Exporteure und Kreditinstitute im Iran mit Hermes-Bürgschaften absichern", schlug Graf Lambsdorff vor. Der iranische Zugang zum Weltmarkt sei Teil des Atom-Abkommens. "Es ist auch unsere Verpflichtung, diesen zu ermöglichen", unterstrich der FDP-Politiker.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-106101/lambsdorff-will-beteiligung-oeffentlicher-banken-an-iran-investments.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619